

Einhalt zu tun, da seine Regierung eine Verschlechterung Bulgariens nicht dulden könnte (?)

Paris, 17. Juli. Nach einer Blättermeldung beauftragte Minister Pichon telegraphisch den Gesandten in Sofia, der bulgarischen Regierung dringend zu empfehlen, daß sie schleunigst einen Bevollmächtigten nach Risch entsende, um mit den Vertretern Serbiens, Griechenlands und Montenegros über den sofortigen Friedensschluß zu verhandeln.

Rücktritt des bulgarischen Kabinetts. Sofia, 16. Juli. (Meldung der "Agence Bulgare".) Das Kabinett Danew hat gestern Abend seine Demission überreicht.

Die "Königliche Zeitung" erfährt hierzu: Die unmittelbare Ursache der Demission des Kabinetts Danew ist in der Weigerung Russlands zu suchen, weiterhin in Sachen des Waffenstillstandes tätig zu sein, weil Serbien und Griechenland die im Interesse Bulgariens vorgeschlagenen Wiederrufen bei der Feststellung der Waffenstillstandsbedingungen ablehnen.

Rumäniens Ansprüche und Absichten. Bukarest, 16. Juli. (Meldung der "Agence Roumaine".) Das Parlament trat heute zu einer außerordentlichen Session zusammen.

Bukarest, 17. Juli. In einer Note an die Großmächte legt die rumänische Regierung die Gesichtspunkte dar, die für Rumänien bei Abschluß des allgemeinen Friedens maßgebend sind.

Die Regierung hat Maßregeln ergriffen, um den Ankauf von Land in den neubesetzten Gebieten zu verhindern. Dem Parlament wird ein Gesetz mit rückwirkender Kraft vorgelegt werden, das berartige Käufe annulliert.

Annäherung zwischen Rumänien und Griechenland. Berlin, 16. Juli. Der "Tag" schreibt: Die "Südflawische Korrespondenz" meldet aus Athen: Ein Teil der Athener Presse verweist darauf, daß die zwischen Rumänien und Griechenland gepflogenen Konversationen einen immer wärmeren Grad annehmen.

Türkische Pläne und Hoffnungen. London, 16. Juli. Der Korrespondent des Reuterschen Bureau in Konstantinopel hat, obwohl die amtlichen Kreise sich Zurückhaltung auferlegen, die positive Information erhalten, daß die türkische Regierung entschlossen ist, bis Adrianopel vorzugehen.

Die Cholera. Belgrad, 16. Juli. Einer Blättermeldung aus Kosob zufolge nehmen die Cholerafälle zu. Die große Dige begünstigt die Epidemie.

Seine Nachrichten. Edln, 16. Juli. Der Berichterstatter der "Kön. Ztg." in Berlin telegraphiert: Die von verschiedenen Seiten gemeldete Nachricht, die türkische Regierung unterhandle mit der Deutschen Bank wegen eines Vorschusses von 20 Mill. M., ist, wie ich aus bester Quelle erfahre, unzutreffend.

Wien, 16. Juli. Die Pforte hat ihre Botschafter beauftragt, gegen die von der bulgarischen Regierung verfaßte Einreichung der türkischen Gefangenen in das bulgarische Meer als einen großen Völkerrechtsbruch Protest zu erheben.

St. Petersburg, 16. Juli. Wie das Hauptpost- und Telegraphenamts bekannt gibt, ist die telegraphische

Verbindung mit Bulgarien unterbrochen, und die Annahme von nach Bulgarien adressierten Privatbesuchen und Brieftelegrammen eingestellt worden.

Ausland.

Eine zweite Audienz Graf Berchtolds beim Kaiser Franz Joseph.

Wien, 16. Juli. Graf Berchtold, der heute vom Kaiser in Audienz empfangen wurde und zwei Stunden beim Kaiser verweilte, hat die für heute Abend angeordnete Abreise nach Wien nicht angetreten, und wird morgen wieder beim Kaiser erscheinen.

Französische Heeresreform.

Die Deputiertenkammer für die Einstellung der Zwanzigjährigen.

Paris, 16. Juli. In der Kammer wurde heute Art. 6 der Militärvorlage, der sich mit dem Einstellungsalter beschäftigt, erörtert. Le Déroulède, Präsident der Kommission, und Paté, der Berichterstatter, erinnerten daran, daß die Kommission dreimal hintereinander die Einstellung der Zwanzigjährigen ablehnte, weil sich das um seine Ansicht befragte hygienische Komitee dagegen ausgesprochen hatte.

Die Heereskommission der Deputiertenkammer trat darauf gestern Abend zusammen, um das militärische Gesetz mit der Einstellung der Zwanzigjährigen in Einklang zu bringen. Sie beschloß ferner, daß der Appell der Jahresklasse 1913 in der zweiten Hälfte des November stattfinden soll.

Die dreijährige Dienstzeit vor der Senatskommission.

Paris, 16. Juli. Die Heereskommission des Senats hat heute den Artikel des Militärgesetzes, durch den die dreijährige Dienstzeit eingeführt wird, angenommen.

Die Dedung für die Ausgaben.

Paris, 17. Juli. Der Budgetausschuß der Kammer erörterte die vom Finanzminister zur Dedung der Ausgaben der Militärvorlage vorgeschlagene nationale Einkommensteuer und beauftragte nach längerer Debatte seinen Berichterstatter, einen Entwurf vorzubereiten, der zwar dem der Regierung ähnlich ist, aber die Einkommensteuer von über 10.000 Frs. treffen und ein Erträgnis von 200 bis 300 Mill. Frs. liefern soll.

Albanische Fragen.

London, 16. Juli. Wie das Reutersche Bureau erzählt, wird die nächste Sitzung der Botschaftervereinigung am Montag stattfinden. In der gestrigen Sitzung beschäftigten sich die Botschafter hauptsächlich mit der albanischen Frage.

Trügend der Erledigung bedarf die Frage der albanischen Gendarmerie.

Die Auffassung des albanischen Statuts wird größere Schwierigkeiten bereiten, als die Feststellung der griechisch-albanischen Grenze. Von gewissen Seiten wird eine so strenge internationale Kontrolle Albanien gefordert, daß die Unabhängigkeit des Landes dadurch illusorisch würde.

Was die Grenze von Epirus anbetrifft.

Die endgültige Lösung gefunden worden, doch hofft man auf eine Verständigung, die gleichzeitig dem Standpunkt der am meisten dabei interessierten Mächte entspricht und auch für Griechenland annehmbar ist.

Rom, 16. Juli. Die "Agenzia Stefani" meldet.

Zum italienischen Delegierten für die von der Botschaftervereinigung beschlossene Kommission zur Festlegung der Grenzen Albanien wurde der Generalkonsul Marafini ernannt.

Endgültiger Friede zwischen der Türkei, Serbien und Griechenland in Sicht?

Wien, 16. Juli. Der "Neuen Freien Presse" wird von besonderer Seite aus Konstantinopel gemeldet die Türkei dürste bereits in den nächsten Tagen den endgültigen Frieden mit Serbien und Griechenland unterzeichnen.

Die Lage in Persien.

Teheran, 16. Juli. (Meldung der St. Petersburg Telegraphenagentur.) Der Ministerrat hat den Text der Bekanntmachung über die Wahl des Reichspräsidenten durch den persischen Regenten. Die Konservativen beabsichtigen, sich mit allen Mitteln der Verurteilung des Wahlgesetzes zu widersetzen.

Im neuen China.

Blutiger Kampf zwischen Nord und Süd — Japan als Unruheherd?

Hankau, 16. Juli. Die Schlacht bei Kiating dauert heute fort. Die Hauptpunkte des Vertes sind von den Nordtruppen besetzt worden.

Peking, 16. Juli. (Meldung des St. Petersburg Bureau.) Viele Nordtruppen sind nach Kiating abgegangen, wo der Kampf noch andauert, augenscheinlich ohne Entscheidung. Die Haltung der Japaner ruft bittere Kommentare hervor. Die Chinesen glauben, daß die Japaner überall Hader erregen.

Das deutsche Konsulat in Hankang bedroht.

Berlin, 17. Juli. Der "Tag" erfährt aus London 16. Juli. Das Reutersche Bureau meldet aus Peking Das deutsche Konsulat in Hankang wurde von Insurgenten umzingelt, augenscheinlich, weil die Deutschen kürzlich die Auslieferung von zwei chinesischen Revolutionären aus der deutschen Konzession in Hankang zugelassen hatten.

Amerikanische Tarifreform.

Washington, 17. Juli. Der Führer der republikanischen Mitglieder der Finanzkommission des Senats, Penrose, erklärte gestern während der Erledigung der demokratischen Finanzvorlage, daß keine planmäßige Opposition der Wiederkehr stattfinden. Die republikanischen Senatoren seien von der Notwendigkeit überzeugt, daß die Geschäfte des Landes sobald wie möglich erledigt werden müßten.

Mexiko und die Vereinigten Staaten.

Washington, 16. Juli. (Meldung der Associated Press.) Präsident Wilson hat heute den Botschafter in Mexiko, Wilson, aufgefordert, zu einer Besprechung nach Washington zu kommen.

See- und Marine.

Vergung der Toten von "S 178".

Wilhelmshaven, 16. Juli. Heute nachmittag fand auf der Werft beim Dock 4 die Leichenschau beim Wrack des Torpedobootes "S 178" statt. Das Oberdeck des Wracks wurde geöffnet und die Vergungsmannschaften ließen in das Wrack hinein, um die Leichen zu bergen.

Eine Schweizer Luftflotte.

Bern, 16. Juli. Die im Frühjahr begonnene nationale Sammlung zur Schaffung einer schweizerischen Militäraviation hat nach vorläufigen Feststellungen 1,4 Mill. Frs. ergeben. Da noch weitere Eingänge zu erhoffen sind, dürfte das Gesamtergebnis rund 1,5 Mill. Frs. betragen.

Parteiabteilung.

Dresden, 16. Juli. Als sozialdemokratischer Reichstagskandidat für den Wahlkreis Dresden-Königsbrunn wurde der Stadtwereordnete Arbeitersekretär Buech aufgestellt.

Mannigfaltiges.

Dresden, 17. Juli. Die Rückwirkung des Deutschen Turnfestes trat heute im Dresdener Straßenbild scharf hervor. War schon gestern eine größere Anzahl Teilnehmer von